

Greenpeace-Stellungnahme zur nationalen Umsetzung des Quecksilber-Übereinkommens

Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und
Reaktorsicherheit
Abteilung Internationale Chemikaliensicherheit, Nachhaltige
Chemie (IG II 3)
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn

Ansprechpartnerin:
Anike Peters
anike.peters@greenpeace.org
040-30618-310
0171-87 80 839

Greenpeace-Stellungnahme zum „Gesetz-Entwurf zum Minamata- Übereinkommen über Quecksilber“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Greenpeace begrüßt die Umsetzung der Minamata-Konvention in deutsches Recht. Deutschland hat ein gravierendes Quecksilberproblem. Deshalb ist die Umsetzung des Minamata-Übereinkommens längst überfällig und sollte dringend von weiteren, nationalen Maßnahmen zur Minimierung von Quecksilberemissionen begleitet werden.

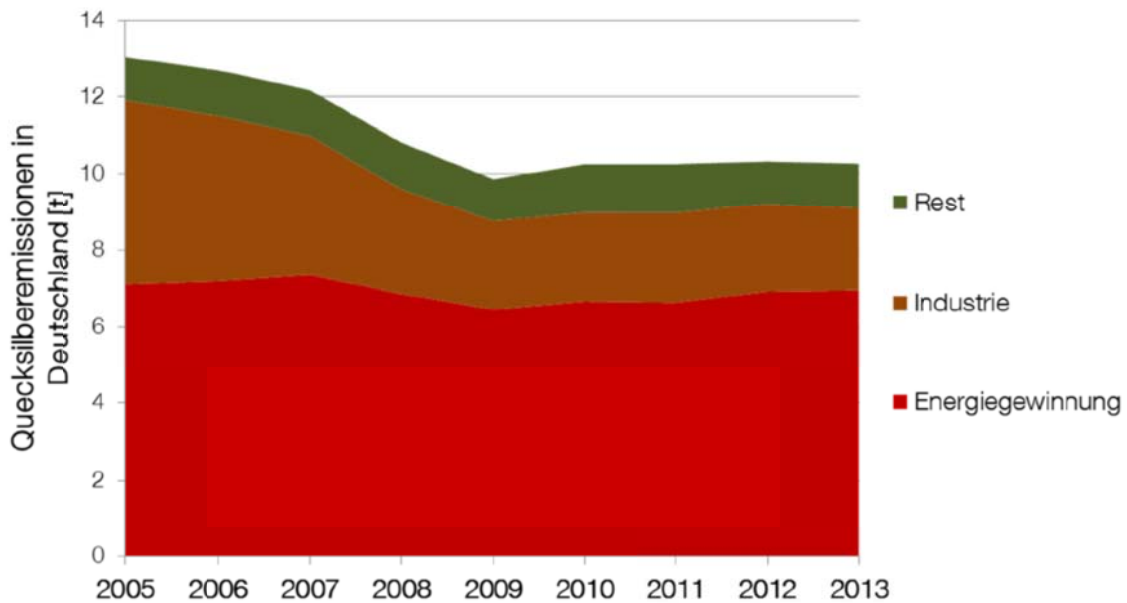
Um das Ziel des Übereinkommens, nämlich den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor anthropogenen Emissionen und Freisetzungen von Quecksilber und Quecksilberverbindungen, zu erreichen, muss vor allem der Quecksilberausstoß der deutschen Kohlekraftwerke drastisch reduziert werden.

Quecksilber zählt zu den drei schädlichsten Substanzen, mit denen ein Mensch im täglichen Leben in Kontakt kommt. Einmal in der Atmosphäre, breitet sich Quecksilber weiträumig in der Umwelt aus, reichert sich in Wasser, Boden und Lebewesen an. Das Gift verbleibt aber nicht nur lange in der Umwelt, es sammelt sich im menschlichen Körper an und baut sich dort nicht wieder ab. Bereits kleine Mengen können dem Gehirn schaden. Besonders gefährdet sind Embryos und Kleinkinder. Untersuchungen beweisen, dass Quecksilberbelastung die geistige Entwicklung von Kindern verlangsamen und damit den Intelligenzquotienten mindern kann.

Die Hauptquelle von Quecksilberemissionen in Deutschland sind Kohlekraftwerke. Etwa zwei Drittel der in Deutschland emittierten Gesamtmenge an Quecksilber werden von den deutschen Kohlekraftwerken ausgestoßen. Doch die Bundesregierung hat es trotz der nachgewiesenen erheblichen Gesundheitsrisiken bislang versäumt, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen. Dies sollte nun schleunigst nachgeholt werden, denn die Gesundheit der Menschen sollte für die Bundesregierung eindeutig einen höheren Stellenwert einnehmen als die wirtschaftlichen Interessen der Kraftwerksbetreiber.

Während in anderen Industriezweigen in den vergangenen Jahren durchaus eine Minderung des Quecksilberausstoßes stattgefunden hat, haben die giftigen Emissionen im Bereich der Energiegewinnung sogar noch zugenommen (siehe Grafik 1).

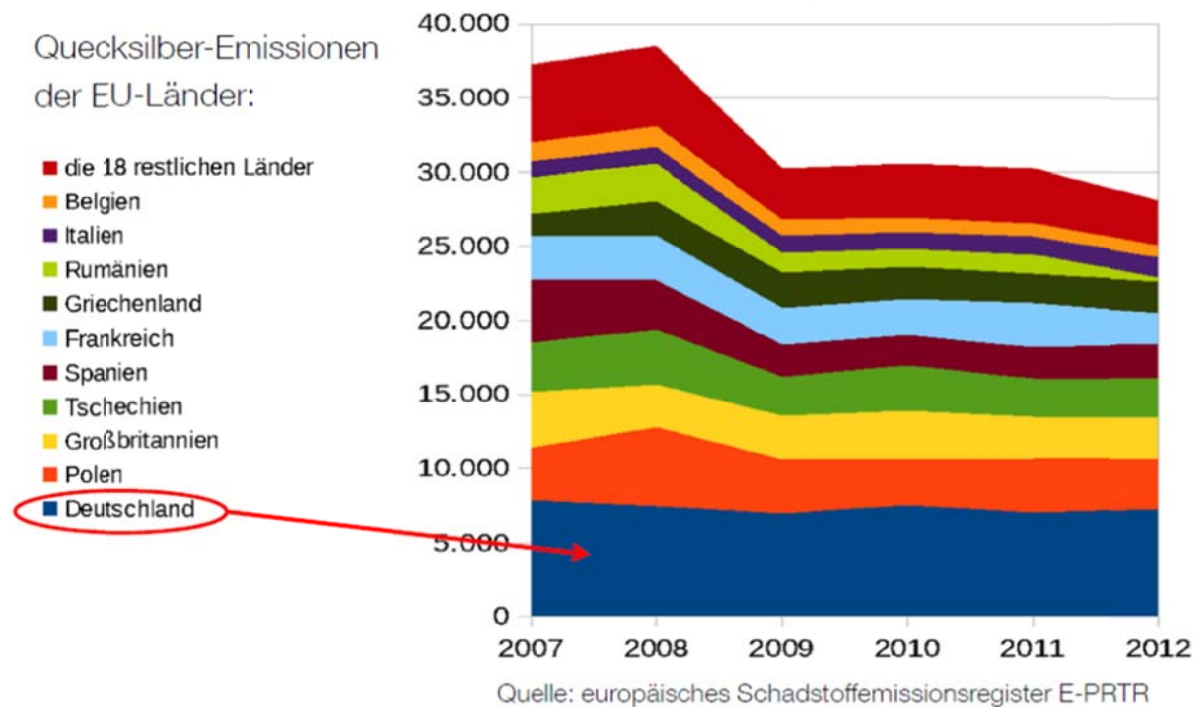
Emissionsentwicklung in Deutschland – keine Fortschritte bei Kohle



Quelle: Umweltbundesamt 2015

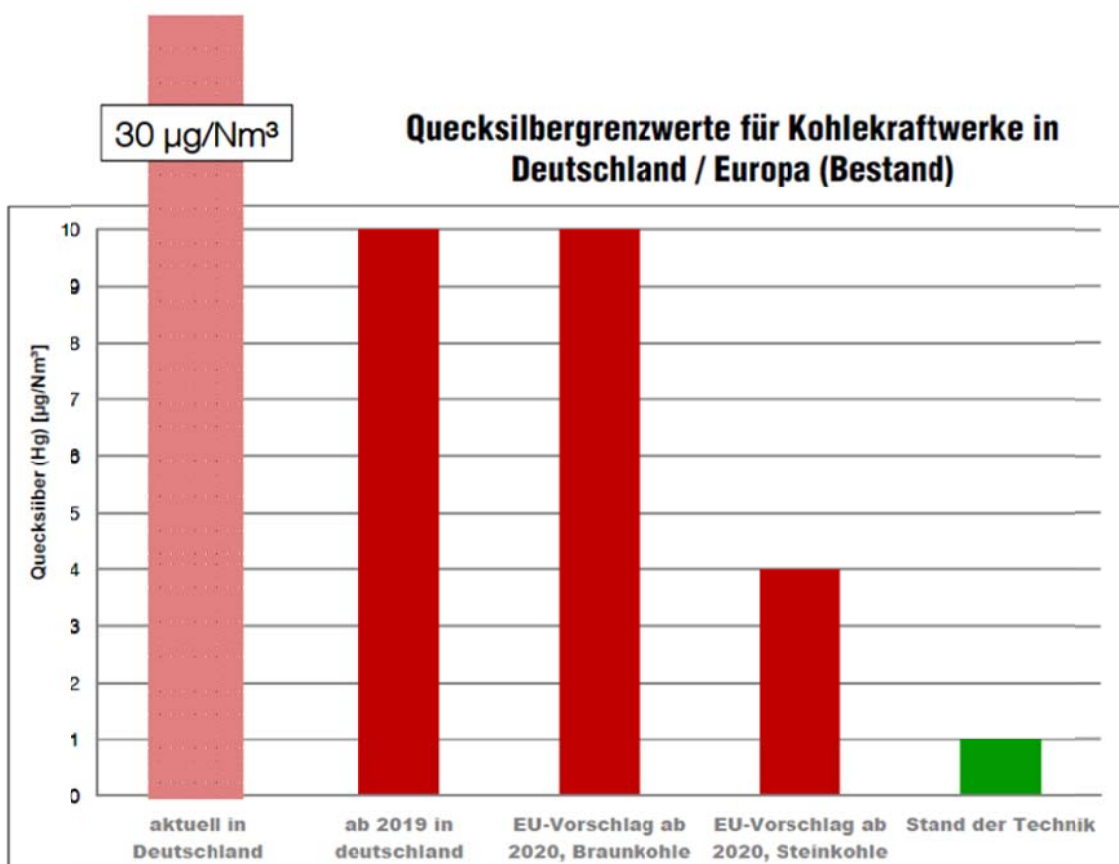
In der EU ist Deutschland trauriger Spitzenreiter beim Ausstoß des schleichenden Giftes. Kein anderes Land emittiert so viel Quecksilber wie Deutschland mit seinem gigantischen Kohlekraftwerkspark (siehe Grafik 2).

Deutschland: größter Quecksilber-Emittent in Europa



Modernste Technologien zur Schadstoffreduzierung müssen vorgeschrieben werden

Zum Schutz der Menschen muss die Bundesregierung neue, scharfe Grenzwerte vor allem für den Quecksilber-Ausstoß von Kohlekraftwerken einführen. Bislang bleiben die Vorgaben für Quecksilberemissionen aus Kohlekraftwerken weit hinter dem aktuellen Stand der Technik zurück. In den USA gelten bis zu zehn Mal strengere Grenzwerte als bei uns. Dies zeigt, dass die Reduzierung des Quecksilberausstoßes aus Kohlekraftwerken auch in Deutschland problemlos machbar wäre. Allein durch die Anwendung von Quecksilber-Minderungstechnologien der aktuellen Generation bei Kohlekraftwerken ließe sich der Quecksilberausstoß in Deutschland in wenigen Jahren halbieren, wie aus einer Antwort der Bunderegierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (BT-Drucksache 18/4131) hervorgeht. Die Kosten für diese Nachrüstung zur Quecksilberabscheidung liegen Berechnungen zufolge unter 1 Prozent der Stromerzeugungskosten.



Quelle: Greenpeace 2015: „Smoke & Mirrors“

Greenpeace fordert die deutsche Bundesregierung hiermit nachdrücklich dazu auf, den aktuellen Stand der Technik umzusetzen und einen **Quecksilber-Grenzwert von 1 µg/Nm³ im Jahresmittel** für Kohlekraftwerke mit einer installierten thermischen Leistung von mehr als 100 Megawatt umzusetzen. Eine entsprechende Verordnung sollte erlassen werden. Über die nationalen Maßnahmen hinaus sollte sich die deutsche Bundesregierung auch in der EU und weltweit für die Minimierung von Quecksilberemissionen einsetzen.

Greenpeace-Veröffentlichungen zum Thema Quecksilber:

Greenpeace (3/2015): Quecksilber: Gift fürs Gehirn – Die gesundheitlichen Folgen der Kohleverstromung

<https://www.greenpeace.de/files/publications/greenpeace-studie-quecksilber-kohle-31032015.pdf>

Greenpeace (4/2015): Quecksilber, die unterschätzte Gefahr - Gesundheitliche Folgen des giftigen Schwermetalls

<http://www.greenpeace.de/files/publications/studie-quecksilber-kalberlahjennrich-20150526.pdf>

Greenpeace (4/2015): Smoke & Mirrors - How Europe's biggest polluters became their own regulators

<http://www.greenpeace.org/eu-unit/Global/eu-unit/reports-briefings/2015/Smoke%20and%20Mirror%20final%20report.pdf>